

Wie kommt Polen auf 800 Milliarden Euro Reparationszahlungen?



Von DR. VIKTOR HEESE | Die derzeitige Reparationsdebatte bestimmt das schlechte Klima zwischen Polen und Deutschland. Deutsche „Regierungsexperten“ verweisen auf den 1953er Reparationsverzicht Polens. Die Polen erwarten einen Friedensvertrag mit Deutschland, der die Reparationsfragen klärt. Bisherige Abkommen, wie der „2+4-Vertrag“ von 1992 und vorherige Einigungen, erfüllt dieses Kriterium nicht. So wurde bei den „freiwilligen Wiedergutmachungen“ das arme kommunistische Land einst mit Almosen abgespeist, meint Warschau. Anders als Frankreich oder Israel. Der „eingefrorene Konflikt Reparationen“ ist noch lange nicht vom Tisch. PiS-Chef Jarosław Kaczyński hat es soeben wieder zur Sprache gebracht.

Deutschland darf die Frage nicht ignorieren: Polen will vor US-Gerichten klagen und andere Länder (Italien, Griechenland, Osteuropa) wollen sich anschließen. Einen Domino-Effekt kann Berlin nicht brauchen.

Wie kommt Polen auf die 800 Milliarden Euro?

Die Experten der kommunistischen Regierung Polens schätzten 1946 die materiellen Kriegsschäden Polens auf 50 Milliarden US-Dollar, in denen bereits der Vermögenszuwachs durch deutsche Ostgebiete berücksichtigt sein sollte (?). Zudem

umfasste die damalige Bestandsrechnung nur materielle Schäden, die im Unterschied zu den schwer ermittelbaren personellen (Menschenleben) und immateriellen Schäden (entgangenes BIP, zerstörte Kunstdenkmäler) einer Schätzung zugänglich sind. Verzinst man den Ausgangswert in einer Zinseszinsrechnung mit etwa vier Prozent jährlich, kommt man auf den Betrag von mindestens 880 Milliarden US-Dollar oder gut 800 Milliarden Euro.

Die Rechnung ist andererseits sehr zinsempfindlich; beim Zinssatz von zwei Prozent (heute auch bei Staatsanleihen schwer erzielbar) reduziert sich die Forderung auf 200 Milliarden US-Dollar. Mehr zu den Berechnungen und zum wechselnden Forderungsbetrag hier.

Die Deutschen wollen sich auf die Diskussion, ob die Zahl angemessen ist, einlassen (siehe oben). Dabei hätten sie gute moralische Gründe, mit einigen Fakten dagegenzuhalten. Es gibt eine Voraussetzung: sie müssen die schmerzliche Erkenntnis akzeptieren, dass die verlorenen deutschen Ostgebiete den vorliegenden Zahlen zufolge weniger wert waren als die polnischen Kriegsschäden. Das wird vielen schwer fallen.

Verlorene Ostgebiete (103.000 Km²) schätzungsweise nur sechs Milliarden US-Dollar wert

Die ZEIT vom 10.4.1947 bezifferte auf der Basis offizieller Reichsamt-Zahlen das materielle Vermögen der deutschen Ostgebiete in 1939 mit 37 Milliarden Reichsmark (elf Milliarden US-Dollar). Ohne den sowjetischen Teil Königsbergs und die Kriegsschäden stünden also ab 1946 zur „Verrechnung“ mit Polen etwa sechs Milliarden US-Dollar.

Verzinst würde der heutige „Marktwert“ der verlorenen Ostgebiete in etwa dem Börsenwert von BMW entsprechen. Dieses enttäuschende Ergebnis mag Millionen Heimatvertriebene empören. So ist es jedoch generell im Wirtschaftsleben. Auch das 1867 für 7,2 Millionen US-Dollar an die USA von Russland

abgetretene Alaska würde bei drei prozentiger Verzinsung heute nicht einmal eine Milliarde US-Dollar erbringen. Überlange Zeiten der Großinflationen sind für solche krasse Unterbewertungen verantwortlich. Anders als bei den Versicherungen finden Wiederbeschaffungswerte in der Volksvermögensrechnung keine Anwendung.

Deutsche Gegenrechnung (1): Leistungen an geduldete polnische Staatsbürger 1980 – 1991?

Nachfolgender Einwand wird umgekehrt den Polen nicht gefallen. Sie werden behaupten, humanitäre Hilfe sei etwa anderes als Reparationen. Das mag formal-moralisch stimmen, gehört jedoch zur „ökonomischen Grundausprache“. Deutschland hatte nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen (1981) für die Unterhaltung geflüchteten Polen jährlich mehrere Milliarden DM aufbringen müssen. Bei einer groben Rechnung (Annahmen: monatliche Ausgaben 1.000 DM für 12 Jahre und 800.000 Personen) kommen wir je nach Zinssatz auch auf mehrere hunderte Milliarden Euro.

Deutsche Gegenrechnung (2): gezahlte Wiedergutmachungen

Auch sind von den polnischen Forderungswünschen die freiwilligen Wiedergutmachungen Deutschlands an den polnischen Staat und verschiedene Kriegsopfergruppen (Zwangsarbeiter) in Abzug zu bringen. Auch zählen Kreditnachlässe und Finanzhilfen aus der Giersek/Schmidt-Ära dazu. Die Gesamthöhe dieses Paketes dürfte allerdings nur wenige Milliarden Euro ausmachen.

Diese im Kontext der vorherigen Großzahlen geringfügigen Leistungen haften jedoch im Kopf des Otto-Normal-Verbrauchers stark und sorgen für Vorurteile: Die unverschämten Polen wollen schon wieder Geld von den Deutschen! Berlin erinnert gerade heute gut und gerne an gezahlte Wiedergutmachungen.

Was sollte Deutschland in der Reparationsfrage tun?

Kriegsreparationen sind alt wie die Kriege selbst, moralisch

nicht unanständig und – was den Schadenaspekt betrifft – bezifferbar. Wenn sich Deutschland in dieser Frage einer Diskussion mit dem „populistischen“ Polen verweigert, so aus juristischen und politischen Gründen. Das Risiko eines US-Prozesses und des Domino-Effektes darf aber nicht aus dem Auge gelassen werden.

Berlin könnte einen vertraglichen Schlusstrich in der Reparationsfrage anbieten und für beide Länder nützliche Investitionen finanzieren. Solche Lösungen gab es schon in kommunistischen Zeiten, als Polen die deutschen Darlehen nicht zurückzahlen konnte und Sachinvestitionen erbrachte. So wäre es keine schlechte Idee, die Oder-Brücken zu sanieren und die Wasserstraße für die Schifffahrt zu regulieren – meinen einige Ökonomen.

Wollen die Polen wirklich Reparationen oder ist es nur ein taktisches Manöver der Regierung?

Wer die Stimmung hinter der Oder kennt, weiß, dass Polen nicht stur auf Reparationen pocht. Nur knapp 55 Prozent haben sich für Zahlungen ausgesprochen. Wohl würde der Anteil der Befürworter bei einer deutschen Gesprächsbereitschaft stark sinken. Warum kommt die PiS-Regierung immer wieder auf solche Ideen, wenn die Bevölkerung nicht dahintersteht? Kaum um ihre Macht zu stärken, die sie ohnehin schon hat. Die Reparationskarte muss vielmehr als Antwort auf die ständigen, von Berlin initiierten, EU-Einmischungen in die inneren Angelegenheiten (Pressefreiheit, Justizreform, Urwaldrodung in Bialowieska, einseitige Unterstützung der Opposition) Polens gesehen werden.

An einen neuen Anfang sollte gedacht werden. Es wäre wünschenswert, wenn die AfD und die PiS im neuen Europaparlament in der am Montag in Mailand neugegründeten „Europäischen Allianz der Völker und Nationen“ (PI-NEWS berichtete) zusammenarbeiten würden. Die Allianz mit den Italienern klappt trotz der unterschiedlichen Meinungen zu den

Russlandsanktionen ja auch hervorragend.

Anmerkung: Die obigen Ausführungen geben nicht die Meinung des Autors in der Reparationsfrage wieder, sondern sollen dem Leser die Rechenmethode, die Faktenvielfalt und die verschiedenen Gesichtspunkte von hüben und drüben präsentieren.



Dr. Viktor Heese.

Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs prawda24.com und finanzer.eu und gibt den Börsenbrief „Der Zinsdetektiv“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.